ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Zilla, Claudia

Research Report

Machtwechsel in Chile: Zwischen radikalem Wandel und institutioneller Pfadabhängigkeit

SWP-Aktuell, No. 13/2026

Provided in Cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Zilla, Claudia (2026) : Machtwechsel in Chile: Zwischen radikalem Wandel und institutioneller Pfadabhängigkeit, SWP-Aktuell, No. 13/2026, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin, https://doi.org/10.18449/2026A13

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/339619

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP

SWP-Aktuell

NR. 13 MÄRZ 2026

Machtwechsel in Chile

Zwischen radikalem Wandel und institutioneller Pfadabhängigkeit

Claudia Zilla

Mit dem Amtsantritt von José Antonio Kast am 11. März 2026 und dem Ende der Präsidentschaft von Gabriel Boric fand in Chile ein Machtwechsel statt, der die größte politische Veränderung seit dem Übergang zur Demokratie markiert. Zwar ist Kast der globalen radikalen Rechten zuzuordnen und hat im Wahlkampf die Notwendigkeit eines fundamentalen Wandels betont. Aufgrund seines zurückhaltenden Stils und der politischen Tradition des Landes dürfte seine Regierungsführung jedoch weniger disruptiv ausfallen als die von Donald Trump in den USA, Javier Milei in Argentinien oder Jair Bolsonaro in Brasilien. Während der chilenische Institutionenrahmen sich mäßigend auswirkt, begünstigt der externe Faktor Trump eine Politik, die Rechtsstaat und Demokratie in der Region erodieren lassen könnte.

José Antonio Kast (geboren 1966) gehört einer älteren Politikergeneration an als sein Amtsvorgänger Gabriel Boric (geboren 1986). Kast war bereits unter der Militärdiktatur (1973–1990) politisch aktiv und zählte zu deren Verfechtern. Mit ihm wird erstmals seit der demokratischen Transition eine Person das höchste Amt bekleiden, die in der Volksabstimmung von 1988 für eine Fortsetzung der Regierung von Pinochet votierte. Aus dieser Zeit stammt auch Kasts Engagement in der regimetreuen Unabhängigen Demokratischen Union (UDI), die bisher kein Staatsoberhaupt stellte, aber in Koalition mit Sebastián Piñeras Nationaler Erneuerung (RN) zweimal mitregierte.

Über die UDI, deren Generalsekretär Kast eine Zeitlang war, zog er nach dem Ende des Pinochet-Regimes zunächst in den Stadtrat von Buin und später ins Nationale Abgeordnetenhaus ein. 2016 verließ Kast die UDI und gründete drei Jahre später die Republikanische Partei (PR), mit der er sich 2025 in der Stichwahl gegen Jeannette Jara von der Kommunistischen Partei (PCCh) durchsetzte. Dies war bereits Kasts dritte Präsidentschaftskandidatur: 2017 hatte er als Unabhängiger im ersten Wahlgang lediglich knapp acht Prozent der gültigen Stimmen erreicht und war 2021 Boric in der Stichwahl unterlegen.

Aus den Kongresswahlen 2025, die gleichzeitig mit dem ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen stattfanden, ging das Bündnis um Jara als Sieger hervor. In keiner der beiden Kammern verfügt Kast über eine eigene absolute Mehrheit. Die parlamentarische Dynamik zwischen Regierung und Opposition wird sich voraussichtlich zwischen einem überparteilichen



Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

rechtskonservativen und einem linksprogressiven Lager abspielen, wobei die Kräfteverhältnisse ausgewogen sind. Eine absolute Mehrheit für ihre Gesetzesinitiativen im Parlament kann die Regierung nur dann gewinnen, wenn sie von unabhängigen Abgeordneten oder solchen aus der Partei der Leute (PDG) des Präsidentschaftskandidaten Franco Parisi unterstützt wird.

Verbindungen zur globalen radikalen Rechten

Kast ist Schönstätter, das heißt Mitglied der 1914 von Pater Josef Kentenich in Schönstatt (einem Stadtteil von Vallendar in Rheinland-Pfalz) gegründeten apostolischen Erneuerungsbewegung innerhalb der katholischen Kirche. Er versteht sich als Repräsentant der politischen Rechten, kritisiert jedoch deren traditionelle Ausprägung in Chile aufgrund ihrer Anpassung und Kompromisspolitik als »weiche Rechte«. Die 2019 von Kast gegründete PR ist am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums angesiedelt. Sie präsentiert sich als moralisch ultrakonservative und nationalistische Alternative, die Probleme von Recht und Ordnung entschieden in Angriff nimmt. Darüber hinaus ist Kast in internationalen Netzwerken aktiv, in denen Rechtsradikale stark vertreten sind.

Mit ihnen teilt Kast vor allem den historischen Revisionismus sowie die hochgradig restriktive Haltung in Bezug auf sexuelle und reproduktive Rechte und Gesundheit. Er bewertet die Regierung Pinochets recht positiv, relativiert die begangenen Menschenrechtsverletzungen und hinterfragt die Angemessenheit der mit ihnen verbundenen Strafverfolgung. Kast ist gegen die Legalisierung von Abtreibungen und spricht sich sogar gegen Straffreiheit in jenen drei Ausnahmefällen aus, in denen seit 2017 ein Schwangerschaftsabbruch in Chile zulässig ist. Er engagierte sich 2009 gegen die Abgabe der »Pille danach«, später gegen das Gesetz zur Geschlechtsidentität, das 2018 verabschiedet wurde, und gegen die gleichgeschlechtliche Ehe, die seit 2022 geschlossen werden kann. Zudem beklagte er wiederholt eine »Gay-Diktatur« und den »ideologischen Feminismus« in Chile.

Kast ist regelmäßiger Gast der Conservative Political Action Conference (CPAC), einer jährlich zunächst in den USA und nun auch in anderen Ländern stattfindenden Veranstaltung, die zum Treffpunkt der globalen radikalen Rechten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft avanciert ist. Er hat die »Carta de Madrid« 2020 »zur Verteidigung der Freiheit und Demokratie in der Iberosphäre« gegen den »Vormarsch des Kommunismus« mitunterzeichnet. Dabei handelt es sich um eine Erklärung des »Foro Madrid«, einer internationalen Initiative gegen den Sozialismus. Sie geht auf die spanische Stiftung Disenso zurück, den Think-Tank der rechtspopulistischen Partei Vox. In den Jahren 2022—2024 war Kast Vorsitzender des »Political Network for Values«, das sich die Verteidigung der Familie, des Lebens und der Freiheit auf die Fahnen geschrieben hat.

Im Februar 2026 nahm Kast in Brüssel am VII. Transatlantischen Treffen dieses internationalen Netzwerks ebenso teil wie an Zusammenkünften von Mitgliedern der Fraktion »Patrioten für Europa« im Europäischen Parlament. Außerdem besuchte er den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán in Budapest und die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni in Rom.

Krisendiagnose und Kulturkampf

Auf seiner Europareise und in Gesellschaft von Rechtspopulisten nahm Kast den rhetorischen »Kulturkampf« wieder auf. Während seiner Rede in Brüssel kritisierte er eine Kultur, die von extremen Ideologien beherrscht sei. Der übertriebene Umweltschutz und der radikale Tierschutz würden Natur und Tiere über den Menschen stellen. Der ideologische Feminismus führe zur Konfrontation zwischen Frauen und Männern, und der radikale Indigenismus spalte die Gesellschaft.

Im Zuge seines dritten Wahlkampfes 2025 hatte Kast sich seltener kritisch zu einem inklusiven Menschenrechtsansatz geäußert, weil er damit vier Jahre zuvor besonders Wählerinnen abgeschreckt hatte. Seine Positionen hat er jedoch nicht geändert. Diesmal nahm er indes mehr Frauen in sein Team auf und rückte Wertefragen in den Hintergrund seiner Krisendiagnose. Laut Kast befindet sich Chile in einem Sicherheits-, Wirtschafts- und sozialen Notstand. In seinem Wahlprogramm 2025 mit dem Titel »Die Kraft des Wandels« definierte er drei zentrale Ziele: Ordnung und Autorität wiederzuerlangen, wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung anzukurbeln sowie Freiheit, Würde und Gerechtigkeit wiederherzustellen.

Obwohl Chile zu den Ländern mit der niedrigsten Mordrate in der Region gehört, nennen Bürger:innen in Umfragen Kriminalität mit Abstand als ihre größte Sorge. Deren Angst ist größer als jene der Bevölkerung in Mexiko oder Kolumbien, wo die Lage empirisch eindeutig gefährlicher ist. Dies hängt mit der Wahrnehmung einer (auch messbaren) Verschlechterung der Sicherheitslage in Chile zusammen. Die wachsende Präsenz von Migrant:innen in Chile — heute rund neun Prozent der Bevölkerung, überwiegend aus Venezuela, Peru, Haiti und Kolumbien — sowie der Anstieg von Gewaltdelikten wie Mord, Raubüberfällen und Entführungen, an denen Ausländer zunehmend beteiligt sind, verdichten sich zu einem politischen Problem.

Die Bevölkerung ist also nicht nur wegen der wachsenden Zahl von Verbrechen verunsichert, sondern auch wegen der Ausbreitung der organisierten Kriminalität und der damit einhergehenden neuen Formen des Verbrechens. Diese Verunsicherung wird wiederum durch Teile der Medien und der Politik verstärkt. Darauf reagierte schon der damalige Präsident Boric, indem er im Januar 2025 ein neues Ressort für öffentliche Sicherheit schuf.

Doch in diesem Politikfeld wird Rechtskonservativen üblicherweise höhere Kompetenz zugesprochen. Die Chilen:innen waren empfänglich für Kasts Plädoyer für eine äußerst restriktive Migrationspolitik und einen Diskurs der harten Hand. Dabei herrscht in der chilenischen Gesellschaft im Allgemeinen eine positive Einstellung gegenüber dem Sicherheitsapparat: Die Kriminalpolizei (PDI), die uniformierte Polizei (Carabineros) und die Streitkräfte genießen laut Umfragen das höchste Vertrauen der Bevölkerung, während der Kongress und die politischen Parteien in diesem Zusammenhang die beiden letzten Plätze belegen.

Nach einer Phase dynamischer ökonomischer Entwicklung in den 1990er Jahren und zu Beginn der folgenden Dekade wuchs die chilenische Volkswirtschaft, außer während der starken Erholung von der Pandemie, nur moderat: im Zeitraum 2022 — 2025 durchschnittlich um 1,9 Prozent pro Jahr. Die Arbeitslosenquote lag in Chile zum Jahreswechsel 2025/26 bei 8,3 Prozent, wobei 26,2 Prozent der Beschäftigten dem informellen Sektor angehören — die niedrigste Rate in der Region. Auch die Einkommensarmut ist im lateinamerikanischen Vergleich nominell eher gering, nachdem sie zwischen 1990 und 2022 von rund 39 auf 6,5 Prozent reduziert werden konnte. Mit neuen, differenzierteren Methoden wurde jedoch ermittelt, dass zum Jahreswechsel 2024/25 17,7 Prozent der Menschen von mehrdimensionaler Armut betroffen waren. Gesundheit, Beschäftigung und Bildung sind — nach Sicherheitsfragen — die Hauptsorgen der Chilen:innen.

In puncto Wirtschaftslage erhielt die Präsidentschaft Borics von den Befragten die schlechteste Bewertung der letzten fünf Regierungen. Der neue Präsident Kast sieht den Staat als größte Entwicklungsbremse, spricht von einer Staatskrise und kündigte Bürokratieabbau, Deregulierung, haushaltspolitische Anpassungen sowie die Konzentration staatlicher Aufgaben auf Ordnung und Sicherheit an.

Außenpolitik im Schatten der Monroe-Doktrin

Im Kabinett Kast sind elf der 24 Minister:innen Frauen. Nur sieben Posten sind von Parteiangehörigen besetzt, nämlich zwei Mitgliedern von Kasts Partei PR sowie je einem Mitglied von RN, UDI, Evópoli, den Demokraten und der Sozial-Christlichen Partei. Dem stehen 16 Parteilose gegenüber, die großteils aus der Wirtschaft stammen. Außenminister Francisco Pérez Mackenna ist Wirtschaftsingenieur und war bis zu seiner Ernennung Chief Executive Officer (CEO) der Quiñenco-Gruppe, einem der größten Unternehmenskonglomerate des Landes. Der Staatssekretär für Außenbeziehungen, Patricio Torres, ist Diplomat. Die Staatssekretärin für internationale Wirtschaftsbeziehungen, Paula Estévez, war zuvor Geschäftsführerin der Chile-US-Chamber of Commerce.

Während des Wahlkampfs ließ sich Kast nur selten zur Außenpolitik vernehmen. Anders als 2021 fehlten im Wahlprogramm 2025 jegliche Einlassungen zu den internationalen Beziehungen. Bekannt ist allenfalls das Bestreben des neuen Präsidenten, das Verhältnis zu den USA (und Israel) zu »normalisieren«. Wegen Trumps Politik der Dominanz, der Wiederbelebung der Monroe-Doktrin und Chiles enger Kooperation mit China wird dies jedoch kein leichtes Unterfangen.

Mit einem Anteil von rund 33 Prozent an Chiles Außenhandel ist China wichtigster Handelspartner, weit vor den USA mit 17 Prozent. Chile zeichnet sich durch eine unabhängig von Machtwechseln stabile Außenwirtschaftspolitik aus. Das Land hat die weltweit meisten Freihandelsabkommen geschlossen. Im Zeitraum 2022—2024 lag die Exportquote bei 30 bis 32,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Daran dürfte auch Kasts Nationalismus nichts ändern, denn dieser wird sich kaum in einer protektionistischen Außenhandelspolitik à la Trump manifestieren. An Kasts Regierung sind etliche Akteure aus der Ökonomie beteiligt, die an einer offenen Wirtschaft interessiert sind.

Kast feierte die »Festnahme« von Nicolás Maduro durch die US-Regierung als »großartige Neuigkeit« und rief die Präsidenten der Region auf, die »sichere und zügige Rückkehr der Venezolaner in ihr Land zu koordinieren«. Diese Aussage steht im Einklang mit seinem Wahlkampfversprechen, Tausende in Chile lebende irreguläre Migrant:innen auszuweisen, die überwiegend aus Venezuela stammen. Zudem tat Kast öffentlich seine Erwartung kund, dass die im Exil befindliche venezolanische Opposition sich bald an den politischen Prozessen im eigenen Land beteiligen werde.

Als Washington am 20. Februar 2026 ohne Vorwarnung entschied, Visumsbeschränkungen für drei Mitglieder der Regierung von Gabriel Boric und deren direkte Familienangehörige zu erlassen, vermieden Kast und Mackenna eine Stellungnahme. Den Betroffenen wird vorgeworfen, an Aktionen beteiligt gewesen zu sein, welche die kritische Telekommunikationsinfrastruktur und die regionale Sicherheit der Hemisphäre gefährdeten. Damit ist der Aufbau technologischer Infrastruktur chinesischer Herkunft gemeint. Chile verfolgt das Projekt »Humboldt-Kabel«, das vom chilenischen Baukonzern Desarrollo País und Google vorangetrieben wird. Es soll Südamerika mit Asien und Ozeanien verbinden und ein Schlüsselelement der digitalen Strategie des Landes werden.

Seit November 2025 vertritt Brandon Judd, ein ehemaliger Beamter und Gewerkschafter der Grenzschutztruppe United States Border Patrol, als Botschafter die Interessen der USA in Chile. In den 1990er Jahren war er als Mitglied der Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage nördlich von Santiago de Chile als Mormonenmissionar tätig gewesen. Seine öffentlichkeitswirksame Kritik an der Regierung Boric und am Projekt des chinesischen Glasfaserkabels veranlasste den ehemaligen Präsidenten, Beschwerde in Washington einzulegen.

Als gewählter chilenischer Präsident folgte Kast zusammen mit seinem designierten Verteidigungsminister Fernando

Barros Trumps Einladung zum ersten Gipfeltreffen von »Shield of the Americas« am 7. März 2026 in Doral, Florida, einer Initiative der USA für militärische Zusammenarbeit. Dabei befand er sich im Kreis von Staatsoberhäuptern elf weiterer Staaten Lateinamerikas und der Karibik, die dem konservativen oder dem rechtsradikalen ideologischen Lager angehören. Das US-Außenministerium beschreibt die neue kontinentale Initiative als »Allianz von Gleichgesinnten«, die gemeinsam Strategien forcieren werden, »um ausländische Einmischung in der westlichen Hemisphäre, das Treiben krimineller und narkoterroristischer Banden und Kartelle sowie illegale und massenhafte Einwanderung zu unterbinden«. Zur Sondergesandten für Shield of the Americas wurde die entlassene Heimatschutzministerin Kristi Noem ernannt. In seiner Eröffnungsrede behauptete Trump, er habe einen großen Beitrag zu Kasts Wahlsieg geleistet, indem er ihm zuvor seine ausdrückliche Unterstützung ausgesprochen habe, sogar ohne eine finanzielle Gegenleistung zu erhalten.

Präsident Kast muss zudem eine Entscheidung darüber treffen, ob die chilenische Regierung die Kandidatur der Sozialistin und ehemaligen Präsidentin Michelle Bachelet für das Amt der Generalsekretärin der Vereinten Nationen (VN) weiterhin unterstützt. Abzuwarten bleibt auch, welche Haltung seine Regierung zu den VN und einer Reihe multilateraler Initiativen einnehmen wird, in denen Chile traditionell sehr aktiv ist und Verantwortung übernimmt. Viele von ihnen betreffen Menschenrechte einschließlich feministischer Außenpolitik, ein Ansatz, zu dem sich Borics Regierung verpflichtet hatte, den der neue Präsident aber höchstwahrscheinlich aufgeben wird. Chile wurde für den Zeitraum 2026—2028 zum Mitglied des VN-Menschenrechtsrats gewählt. Kast hat sich diesem gegenüber stets kritisch verhalten und wiederholt den Rückzug seines Landes gefordert.

Im Verhältnis Chiles zu den europäischen Staaten ist mit Kontinuität zu rechnen. Dies gilt jedoch nur, solange die USA keinen Druck auf Chile oder Lateinamerika allgemein ausüben, um diese im Sinne der Monroe-Doktrin zu zwingen, den Beziehungen zu den USA auch gegenüber Europa Vorrang einzuräumen. Zwischen der EU und dem OECD-Land Chile besteht ein Fortgeschrittenes Rahmenabkommen, das ein Assoziierungsabkommen von 2003 ersetzt und seit dem 1. Juni 2025 vorläufig angewendet wird. Die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Chile und Deutschland ist breit gefächert und intensiv. Sie findet entlang einer Reihe von Partnerschaften und Kooperationen in Bereichen wie politischer Dialog, Bildung und Forschung, Bergbau und Energie sowie Verteidigung und Polizei statt. Chile ist Mitglied des Klimaklubs, in dem es gemeinsam mit Deutschland von 2024 bis 2025 die Ko-Präsidentschaft innehatte. Im Jahr 2023 teilten sich die beiden Staaten den Vorsitz der Gruppe der Freunde feministischer Außenpolitik (FFP+). Chile wird Ehrengast der Frankfurter Buchmesse 2027.

Zwischen Wandel und Pfadabhängigkeit

In Chile haben seit der demokratischen Transition sämtliche Staatsoberhäupter ihre Amtszeit ordnungsgemäß vollenden können. Das ist keine Selbstverständlichkeit in einer Region, die für häufige Amtsenthebungsverfahren oder Rücktritte bekannt ist. Chile sticht durch die Beständigkeit seiner rechtlich-institutionellen Ordnung hervor. Diese stützt sich auf eine im Jahr 1980 unter der autokratischen Regierung von Augusto Pinochet erarbeitete Verfassung, die später durch Reformen des Kongresses demokratisiert wurde. Diese Ordnung überstand die gravierende politische Krise, die im sozialen Aufruhr vom Oktober 2019 ihren sichtbarsten Ausdruck fand. Sie setzte sich auch gegen die beiden Verfassungsentwürfe durch, die in den Referenden 2022 und 2023 abgelehnt wurden.

Die institutionelle Pfadabhängigkeit wiegt in Chile schwer. Ein Durchregieren war bisher nicht möglich, und dem neuen

Präsidenten fehlen hierfür auch die komfortablen Mehrheiten. Dabei ist das Erbe der Pinochet-Diktatur in Teilen noch immer sichtbar, etwa in der Wirtschaftsordnung und in der Person Kast selbst. Beides wird die neue Präsidentschaft maßgeblich prägen. Der globale und der regionale Kontext begünstigen eine rechtsradikale Politik, welche die Erosion von Demokratie und Rechtsstaat in Chile bewirken könnte. Denn immer mehr Kräfte dieser Tendenz gelangen an die Macht, und mit der neuen US-Initiative Shield of the Americas wird deren versicherheitlichte Zusammenarbeit in Lateinamerika gefördert.

Trotz ideologischer Konvergenz in vielen Fragen fehlt Kast, der eher zurückhaltend und traditionell auftritt, die disruptive oder egomanische Art anderer Politiker wie Javier Milei in Argentinien oder Donald Trump in den USA. Sein Führungsstil ähnelt eher dem von Akteur:innen europäischer Rechtsaußenparteien.

Dass Regierungsverantwortung nicht unbedingt zur Mäßigung führt, zeigen Beispiele wie Trump und Nayib Bukele in El Salvador. Doch erst mit einem temperierten Diskurs und dem Schweigen über einige seiner alten Vorschläge konnte Kast die Präsidentschaftswahl im dritten Anlauf gewinnen. Ob diese Veränderung rein taktisch und vorübergehend war oder im Sinne pragmatischer Anpassung nachhaltig sein wird, ist noch nicht abzusehen. Viele seiner Gegner in Chile gehen allerdings davon aus, dass er eine konventionellere Politik betreiben wird als andere Figuren der globalen radikalen Rechten, und weisen auf die Resilienz chilenischer Institutionen hin. Das eineinhalbstündige, nach Einschätzung der Beteiligten produktive bilaterale Treffen zwischen Kast und dem brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva, das am Rande des regionalen Wirtschaftsforums im Januar 2026 in Panama stattfand, lässt auf eine gewisse Wertschätzung des Dialogs über ideologische Grenzen hinweg schließen. Dieser wäre auch im Inland notwendig.

Institutionell bleibt die Rolle von Parlament und Justiz als Gegengewicht zu einer möglichen disruptiven Politik aus der Exekutive heraus — nicht nur in Chile — entscheidend. Gewaltenteilung und kompetitive Wahlen können jedoch nur dann bewahrt werden, wenn die Menschen in den Staatsstrukturen und in der Gesellschaft sie verteidigen.

Dr. Claudia Zilla ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe Amerika.

Dieses Werk ist lizenziert unter CC BY 4.0

Das Aktuell gibt die Auffassung der Autorin wieder.

In der Online-Version dieser Publikation sind Verweise auf SWP-Schriften und wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuells werden intern einem Begutachtungsverfahren, einem Faktencheck und einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3—4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN (Print) 1611-6364
ISSN (Online) 2747-5018
DOI: 10.18449/2026A13